

06.02.2019

Russlands Wettbewerbsfähigkeit - neue Wege!

DIHK und AHK organisieren Konferenz in Berlin

(DIHK) - Eine ausgezeichnete Möglichkeit, sich über Russland zu informieren, mit russischen Partnern direkt ins Gespräch zu kommen und mit Unternehmern Erfahrungen auszutauschen, bietet die 6. Russland-Konferenz am 21. Februar beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Berlin.

Bereits zum sechsten Mal lädt der DIHK gemeinsam mit der Deutschen Auslandshandelskammer (AHK) Russland hochrangige Unternehmensvertreter und politische Entscheidungsträger aus beiden Ländern dazu ein, die Perspektiven der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze zu erörtern.

Unter der Überschrift "Russlands Wettbewerbsfähigkeit - neue Wege!" werden im Haus der Deutschen Wirtschaft ab 10 Uhr namhafte Redner erwartet, darunter nach dem aktuellen Programmwurf beispielsweise Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (bestätigt), Maxim Oreschkin, Minister für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation, oder Sergej Netschajew, Botschafter der Russischen Föderation.

Das Hauptpanel behandelt die Frage, wie es um "Russlands Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten des Wandels" bestellt ist. Nach dem Mittagessen geht es um Innovationen und Digitalisierung beziehungsweise um die staatliche Prioritätensetzung in der Industriepolitik; anschließend steht das Thema "Importsubstitution und Wettbewerbssteigerung in Russlands Branchen" auf der Tagesordnung.

Ab 17 Uhr lädt der DIHK dann zu einem Abendempfang ein, der ebenfalls im Haus der Deutschen Wirtschaft stattfindet.

Die Veranstaltung ist kostenfrei; die Programmpunkte werden russisch – deutsch simultan übersetzt.

Anmelden können Sie sich über ein englischsprachiges Formular unter der Adresse www.dihk.de/russlandkonferenz.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 IXPOS

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.